

Zahnlose Tiger

Nach den März-Unruhen will der Westen weitere Pannen vermeiden. Doch die Zweifel an Friedenssoldaten wachsen. Ist die falsche Truppe vor Ort?

Meterlanger Stacheldraht schützt, was unwiederbringlich zerstört scheint: Ruß bedeckt das Mauerwerk, Brandstellen prangen dort, wo kürzlich noch kunstvolle Fresken die Pracht vergangener Jahrhunderte bezeugten.

Die serbisch-orthodoxen Heiligtümer im Kosovo bieten zurzeit ein jämmerliches Bild. Mehr als 30 Kirchen und Klöster liegen in Schutt und Asche, darunter architektonische Kostbarkeiten wie das Kloster des Heiligen Erzgengels aus dem 14. Jahrhundert oder die Kathedrale der Heiligen Mutter Gottes von Ljeviska, erbaut drei Jahrhunderte zuvor. Materieller Gesamtschaden: mehr als 20 Millionen Euro.

„Die Situation ist alarmierend, für die Restaurierung werden wir Jahre brauchen“, bilanziert die Unesco-Beauftragte Marie-Paule Roudil resigniert. Jüngst führte die Französin eine Expertengruppe in die Unruheprovinz, um die Reste jener Gotteshäuser zu inspizieren, die ein albanischer Mob Mitte März niedergebrannt hatte. Am schlimmsten, sagt Roudil, sei die Lage in der Stadt Prizren. Hier kämen die Schäden „einer Katastrophe gleich“.

Um die staatliche Unabhängigkeit von Serbien herbeizuzwingen, ist den Albanern inzwischen jedes Mittel recht. Dass sie ausgerechnet in Prizren so zügellos wüteten, ist vor allem für das deutsche Kontingent der Uno-Friedenstruppe eine Schmach – wachte hier mit rund 3200 Mann doch die größte Kfor-Gruppe überhaupt. Die Deutschen jedoch erwiesen sich angesichts des generalstabsmäßig vorbereiteten Ansturms der aufgebrachten Massen als zahnlose Tiger.

Selbst Militärs räumen inzwischen ein, dass die März-Geschehnisse für die Kfor „keine Erfolgsstory“ waren. Denn mit den Kirchen und mehr als 700 abgeackelten Häusern der serbischen Minderheit – die ersten Anklagen gegen die Täter wurden soeben erhoben – ging nicht nur die Vision eines multi-ethnischen Kosovo in Rauch auf, es verflüchtigte sich auch das Vertrauen in die 20000 Mann starke Friedensarmee. Die Denkmalschützer um Madame Roudil jedenfalls wollen die serbi-



Deutsche Kfor-Soldaten, zerstörte Kirche in Prizren: Verordnete Ohnmacht

schen Gotteshäuser schnellstmöglich unter den Schutz der Unesco stellen.

Auch in Berlin arbeiten Politiker und Behörden an der Aufarbeitung der peinlichen Episode: Mit seinen Schlussfolgerungen für die Bundeswehr begab sich der deutsche Verteidigungsminister auf eine riskante Gratwanderung. Vor seiner Erkrankung hatte Peter Struck gefordert, die Truppe bei Auslandseinsätzen künftig mit Tränengas, Gummigeschossen und anderen „nicht tödlichen Wirkmitteln“ auszustatten – und die Soldaten entsprechend auszubilden.

Die Verwendung von Tränengas war bislang nicht erlaubt, weil es als chemischer Kampfstoff gilt. Für die Polizei ist der Reizgas-Einsatz dagegen alltäglich. Mit neuer Ausrüstung und entsprechendem Training verwischen sich freilich die Grenzen zwischen Polizei und Militär. Auf deren strikte Trennung hatte der SPD-Mann bisher großen Wert gelegt, die Bundeswehr sei nun mal „keine Hilfspolizei“.

Dabei sind sich Experten einig, dass Strucks Männer im Kosovo auch klassische Aufgaben der inneren Sicherheit wahrnehmen. Doch wenn es eigentlich an mehr Polizeikompetenz mangelt, um die Unruheprovinz nachhaltig zu befrieden – ist dann nicht die falsche Truppe vor Ort?

Um die Soldaten künftig besser für Krisensituationen zu wappnen, fordern Experten eine generelle „strategische Neu-

ausrichtung“ der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen. Polizeidirektor Gerhard Schmitt, Verfasser eines Strategiepapiers, das dieser Tage in Berlin kursiert, war 2002 Chef der Uno-Polizeimission in Prizren. Sein Appell: Die Soldaten müssten über ein abgestuftes Konzept zur Deeskalation verfügen, wie etwa die Polizei es anwendet. „Andernfalls“, befürchtet Schmitt, „werden die beim nächsten

Konflikt genauso überrannt wie beim letzten Mal.“

Beim Bundeswehr-Verband ist man durchaus froh, dass Bewegung in die Sache kommt. Die „rules of engagement“, die den Deutschen den Gebrauch ihrer Schusswaffen nur in Notwehrsituationen erlauben, sagt der Vorsitzende Oberst Bernhard Gertz, müssten „intelligent fortgeschrieben werden“. Den Soldaten stinke „die Ohnmacht, die ihnen bislang verordnet wurde“.

Im Hauptquartier der Nato in Brüssel wird nach den März-Versäumnissen ebenfalls Bilanz gezogen. Der Oberbefehlshaber für Europa, US-General James Jones, möchte nun ein eigenes Auswertungszentrum für Geheimdienst-Informationen. Die Militärs sind verärgert, dass einige der im Kosovo operierenden Dienste dem deutschen Kfor-Kommandeur Holger Kammerhoff Hinweise auf Unruhen vorenthalten haben. Zudem sollen hinderliche nationale Bestimmungen beseitigt werden – bislang dürfen manche Truppen den eigenen Sektor selbst dann nicht verlassen, wenn es beim Nachbar-Kontingent zu Schießereien kommt.

Künftig soll nun der Däne Sören Jessen-Petersen, der dem glücklosen Finnen Harri Holkeri als Uno-Verwalter nachfolgt, der Kosovo-Politik neue Impulse geben. Denn die bisherigen Versuche, die Serben-Provinz zu stabilisieren, sind gescheitert. Weil zunächst Rechtsstaatlichkeit geschaffen werden sollte, bevor der endgültige Status des Kosovo festgelegt wird, habe man sich „festgefahren“, klagt ein Nato-General.

Derweil geht die Verfolgung der Serben weiter: Vergangene Woche zerstörten Unbekannte mehrere Fertighäuser, die Russland für die im März obdachlos gewordenen Serben gespendet hatte.

Angesichts der Gewalt dringt die renommierte International Crisis Group auf eine schnelle politische Lösung. Der Westen müsse endlich den völkerrechtlichen Status der Provinz definieren. Andernfalls werde die „Instabilität des Kosovo die gesamte Region infizieren“.

MARION KRASKE, ALEXANDER SZANDAR

